Besoldungsverordnung (BVO)

vom 30. Oktober 2006 (Stand 1. Januar 2024)

Der Kantonsrat von Appenzell Ausserrhoden,

gestützt auf Art. 74 der Verfassung des Kantons Appenzell A.Rh. vom 30. April 1995[1)] und Art. 73 des Personalgesetzes vom 24. Oktober 2005,[2)]

beschliesst:

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen (1.)

I. Geltungsbereich (1.1.)

Art. 1 Regelungsbereich

[1] Die Verordnung regelt das Nähere zu folgenden Bestimmungen des Personalgesetzes:

a) Lohn nach Art. 34 (Lohnbestimmung) und 35 (Lohnanpassung);

b) Entschädigungen nach Art. 36 (Zulagen) und 37 (Spesen);

c) weitere Leistungen nach Art. 46 (Anerkennungsprämie) und 47 (Dienstaltersgeschenk);

d) Pikettdienst und ausserordentliche Arbeitszeit nach Art. 61.

[2] Der Regierungsrat legt die Abgeltung von Zulagen, Spesen, Pikettdienst und ausserordentlicher Arbeitszeit in Ergänzung zu dieser Verordnung fest. *

Art. 2 Anwendungsbereich

[1] Diese Verordnung gilt für die Angestellten des Kantons einschliesslich seiner unselbständigen Anstalten und Betriebe sowie der Gerichte. *

---

1) KV (bGS 111.1)
2) PG (bGS 142.21)
* vgl. Änderungstabelle am Schluss des Erlasses

[2] Sofern keine besondere Regelung besteht, gilt diese Verordnung auch für die Angestellten von selbständigen Anstalten und Betrieben des Kantons. *

II. Lohn (1.2.)

Art. 3 Allgemeine Bestimmungen

[1] Die Lohntabelle im Anhang 1 mit den minimalen und maximalen Werten einer Gehaltsklasse und den zugeordneten Funktionswerten ist ein integrierter Bestandteil der Verordnung. Die Gehaltsklassen beinhalten Jahreslöhne. Die Lohntabelle wird bei generellen Lohnanpassungen entsprechend nachgeführt.

[2] Jede Stelle wird mittels einer Funktionsbewertung einer Gehaltsklasse zugeordnet (funktionelle Lohnbestimmung). Der Lohn innerhalb der bestimmten Gehaltsklasse wird aufgrund der individuellen Lohnbestimmung festgelegt.

[3] … *

[4] Der ordentliche Stundenlohn wird aus dem Jahreslohn geteilt durch 2184 Jahresarbeitsstunden berechnet. *

[5] Für die ausnahmsweise Auszahlung von Überstunden nach Art. 62 Abs. 3 PG werden die Stundenteiler nach Abs. 4 angewendet. Bei den Lehrenden ist die Anzahl der Lektionen massgebend: 40 Wochen mal Lektionenzahl pro Woche. Der Betrag ergibt sich, indem der Jahreslohn durch die Anzahl der Lektionen pro Jahr geteilt wird und davon 80 % berechnet werden.

[6] Erhalten Angestellte von Dritten oder vom Bund Lohnzahlungen, Honorare, Sitzungsgelder oder dergleichen im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgabenerfüllung oder Tätigkeit im Auftrag des Arbeitgebers, stehen diese dem Arbeitgeber zu. Ausgenommen sind Spesenvergütungen. *

Art. 4 Funktionsbewertung und funktionelle Lohnbestimmung

[1] Eine Funktionsbewertungskommission erstellt für jede Stelle eine Bewertung, abgestützt auf den Stellenbeschrieb. Im Rahmen der Funktionsbewertung werden die stellenbezogenen Anforderungen, insbesondere die fachlichen Voraussetzungen, die Prozessanforderungen, die beruflichen Rahmenbedingungen und die Ergebnisverantwortung nach einem einheitlichen System (Anhang 2) bewertet. *

[2] Aus der Bewertung einer Stelle ergibt sich ein Funktionswert, der die Zuordnung der Stelle zu einer Gehaltsklasse bestimmt (funktionelle Lohnbestimmung). Die Anstellungsbehörde sowie die oder der Angestellte können bei der Funktionsbewertungskommission Antrag auf eine Überprüfung stellen. *

[3] Bei einer Änderung des Stellenbeschriebs aufgrund wesentlich veränderter Anforderungen ist die Funktionsbewertung zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

[4] Der Regierungsrat bestimmt die Mitglieder der Funktionsbewertungskommission. Ihr gehören an:

a) 2 Arbeitgeber-Vertretungen

b) 2 Angestellten-Vertretungen

c) * eine Vertretung des Personalamtes sowie eine externe Fachperson; beide mit beratender Stimme.

[5] Die externe Fachperson führt den Vorsitz. *

Art. 5 Individuelle Lohnbestimmung

[1] Die Anstellungsbehörde legt nach Rücksprache mit dem Personalamt im Rahmen der Anstellungsbedingungen den konkreten Lohn innerhalb einer funktionell bestimmten Gehaltsklasse fest. *

[2] Die Höhe des Lohnes richtet sich nach den individuellen Eigenschaften (Art. 34 PG) wie Qualifikation und Leistung der oder des Angestellten (individuelle Lohnbestimmung). Als Basis gilt der Mittelwert innerhalb einer Gehaltsklasse gemäss Lohntabelle.

[3] Die Jahreslöhne werden in 13 Teilen ausbezahlt, im Monat November zwei Teile. Die Stundenlöhne werden monatlich ausbezahlt und enthalten die Anteile für Ferien, Feier- und Freitage sowie den 13. Monatslohn. Beiträge der Angestellten an die gesetzlich vorgeschriebenen Vorsorgeeinrichtungen sowie Sozial- und andere Abgaben werden vom Lohn abgezogen.

[4] Bei der Auflösung des Arbeitsverhältnisses wird der 13. Monatslohn pro rata temporis ausbezahlt.

Art. 6 Abweichende Lohnbestimmung

[1] In begründeten Fällen kann die Anstellungsbehörde für die Zeit der Einarbeitung oder der Entwicklung der individuellen Eigenschaften einen Anfangslohn von bis zu 5 % unterhalb des Minimums einer Gehaltsklasse festlegen. *

[2] Die Anstellungsbehörde kann mit Zustimmung des Personalamtes zur Gewinnung oder Erhaltung von besonders qualifizierten Angestellten in begründeten Ausnahmefällen einen bis zu 10 % über dem Maximum einer Gehaltsklasse liegenden Lohn gewähren. *

[3] … *

Art. 7 Lohnanpassungen

[1] Individuelle Lohnerhöhungen setzen eine gute Leistung voraus. Grundlage ist die Beurteilung der oder des Angestellten durch die vorgesetzte Stelle. Die Beurteilung ist schriftlich festzuhalten. *

[2] Die vorgesetzte Stelle orientiert die Anstellungsbehörde auf dem Dienstweg über die Beurteilung und kann eine individuelle Lohnerhöhung für die oder den Angestellten beantragen. *

[3] Die Anstellungsbehörde entscheidet im Rahmen der zur Verfügung stehenden Lohnsumme über die individuellen Lohnerhöhungen der Angestellten. *

III. Abgeltungen (1.3.)

Art. 8 Allgemeines

[1] Der Anspruch auf Abgeltungen ist im Arbeitsvertrag festzuhalten und ergibt sich aus dieser Verordnung und den Ausführungsvorschriften. Er beginnt mit dem Monat, in dem der massgebende Sachverhalt erfüllt ist, und endet mit dem Monat, in dem die Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. *

[2] Abgeltungen werden einzeln nach den tatsächlichen Umständen monatlich berechnet. Die Ausführungsvorschriften können monatliche Pauschalen festlegen. *

[3] Bei Arbeitsverhinderung oder -unfähigkeit gilt Art. 44 PG. *

Art. 9 Pikettdienst und ausserordentliche Arbeitszeit

[1] Pikettdienst wird als Präsenzdienst oder Bereitschaftsdienst geleistet: *

a) * Präsenzdienst liegt vor, wenn Angestellte bei Abruf sofort am Arbeitsplatz zur Verfügung zu stehen und sich darum in unmittelbarer Nähe des Arbeitsplatzes aufzuhalten haben.

b) * Bereitschaftsdienst liegt vor, wenn sich Angestellte auf Abruf bereit zu halten haben, um innert einer vorgegebenen Frist am Arbeitsplatz zu erscheinen und die Arbeit aufzunehmen.

c) * Bei Abruf der Arbeitsleistung während des Pikettdienstes wird für die nun beginnende Arbeitszeit keine Pikettdienst-Entschädigung oder keine Pikettdienst-Zeitgutschrift mehr gewährt.

[2] Angeordnete Arbeit ausserhalb der ordentlichen Arbeitszeit (Überstunden), das heisst in der Nacht von 19.00 bis 07.00 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen, wird branchenüblich entschädigt. Die Ausführungsvorschriften können zusätzlich eine Zeitgutschrift von bis zu 20 % der geleisteten Arbeitszeit vorsehen. *

[3] Angestellte, die aufgrund des Arbeitsvertrages zeitverschoben, in Schicht oder an Samstagen, Sonn- und Feiertagen arbeiten, erhalten keine Entschädigung, wenn sie bereits im Lohn berücksichtigt ist.

[4–5] … *

Art. 10 Zusätzliche Dienste: Funktionszulagen

[1] Mit der Übernahme einer zeitlich befristeten Zusatzfunktion kann die Anstellungsbehörde einer oder einem Angestellten eine Zulage von bis zu 15 % des Lohnes gewähren, solange die Zusatzfunktion ausgeübt wird. *

[2] Die Ausführungsvorschriften können monatliche Pauschalen festlegen. *

Art. 11 Ausserfamiliäre Kinderbetreuung

[1] Angestellte mit einem oder mehreren Kindern, für die sie die elterliche Sorge nach Art. 296 ff. ZGB tragen oder für die ein bewilligtes Pflegeverhältnis im Hinblick auf eine Adoption besteht, erhalten unter folgenden Voraussetzungen eine Zulage von Fr. 200.-- pro Monat und Kind bis zum 12. Altersjahr für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung:

a) Der Beschäftigungsgrad beträgt mindestens die Hälfte eines vollen Pensums;

b) die Betreuung eines Kindes während der Arbeitszeit kann nicht anders sichergestellt werden als durch eine ausserfamiliäre Kinderbetreuung;

c) die Betreuung erfolgt durch eine dazu spezialisierte Einrichtung oder Person;

d) der Kanton stellt kein eigenes oder entsprechend vergünstigtes Betreuungsangebot zur Verfügung;

e) es werden anderweitig keine Beiträge ausgerichtet.

[2] Pro Kind wird nur eine Zulage gewährt. Sie wird halbjährlich gegen Nachweis der Betreuungskosten ausbezahlt. Die Anspruchsberechtigung ist von der oder dem Angestellten nachzuweisen.

Art. 12 Spesen

[1] Spesen sind Auslagen, die bei der Erfüllung dienstlicher Aufgaben anfallen wie für Reisen, Verpflegung und Unterkunft. Sie werden aufgrund der tatsächlichen Auslagen vergütet, soweit sie angemessen sind. In besonderen Fällen kann die Anstellungsbehörde im Arbeitsvertrag oder im Einzelfall eine pauschale Spesenentschädigung festlegen. *

[2] Bei Dienstreisen werden in der Regel die Kosten für die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel entschädigt. Sofern von der zuständigen Stelle bewilligt, werden die Kosten für die Benützung privater Motorfahrzeuge entschädigt. *

[3] Die Kosten für Mahlzeiten werden entschädigt, wenn sie wegen einer dienstlichen Verpflichtung auswärts eingenommen werden müssen. Für eine auswärtige Übernachtung werden die effektiven Kosten eines Mittelklassehotels vergütet, wenn eine Rückkehr zum Wohnort entweder nicht zumutbar oder teurer ist.

[4] Spesenrechnungen sind durch die vorgesetzte Stelle zu visieren.

IV. Weitere Leistungen (1.4.)

Art. 13 Anerkennungsprämien

[1] Der Gesamtbetrag für Anerkennungsprämien darf 0.5 % der gesamten Lohnsumme nicht übersteigen. *

[2] Der Regierungsrat bestimmt jährlich den Betrag, welcher der Kantonskanzlei, den Departementen und den Gerichten für die Ausrichtung von Anerkennungsprämien zur Verfügung gestellt wird. Die selbständigen Anstalten und Betriebe regeln die Zuständigkeit für die Ausrichtung von Anerkennungsprämien. *

[3] Über die Ausrichtung der Anerkennungsprämie an einzelne Angestellte entscheidet die Anstellungsbehörde. Die Prämie beträgt maximal Fr. 3 000.- pro Jahr und Person. *

Art. 14 Dienstaltersgeschenk

[1] … *

[2] Für die Berechnung des Dienstalters werden alle Dienstjahre beim Kanton berücksichtigt.

[3] Bei Arbeitsverhinderung wegen Krankheit, Unfall, militärischen und ähnlichen Dienstleistungen von weniger als 24 Monaten sowie bezahltem Urlaub von weniger als sechs Monaten wird diese Zeit für die Berechnung der Dienstjahre mitgezählt. Bei Mutterschaft besteht keine zeitliche Einschränkung.

[4] Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nach Art. 18 PG werden keine Leistungen pro rata temporis gewährt.

[5] … *

2. Abschnitt: Besondere Bestimmungen (2.)

I. Besondere Funktionen (2.1.)

Art. 15

[1] Ohne Funktionsbewertung werden in folgende Gehaltsklassen eingeteilt:

a)	Ratschreiberin / Ratschreiber	Klasse 20
b) *	…	
c) *	Ratschreiber-Stellvertreter/in	Klasse 18
d) *	Leiterin / Leiter Staatsanwaltschaft	Klasse 19

… * (2.2.)

Art. 16–17 * …

III. Kantonale Lehr- und Fachpersonen (2.3.)

Art. 18 Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen

[1] Die Lehrenden werden ohne Funktionsbewertung folgenden Kategorien zugeteilt:

a) Kategorie A: Lehrende mit akademischer und pädagogischer Ausbildung, diplomierte Lehrende an Berufsschulen und Lehrende für Bildnerisches Gestalten, Musik und Sport, die Klassenunterricht erteilen und eine anerkannte pädagogische Ausbildung für die Sekundarstufe II vorweisen können.

b) Kategorie B: Lehrende mit akademischer Ausbildung, die nicht über eine entsprechende pädagogische Ausbildung verfügen.

c) Kategorie C: Lehrende mit Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I, Lehrende mit Fachhochschul- und pädagogischer Ausbildung, Lehrende mit Meisterprüfung bzw. höherer Fachprüfung und pädagogischer Ausbildung und Lehrende, welche Einzelunterricht erteilen.

d) Kategorie D: alle übrigen Lehrenden

[2] Sie werden wie folgt in die Gehaltsklassen eingeteilt (funktionelle Lohnbestimmung): *

Kategorie	**1. – 10. Dienstjahr: Gehaltsklasse 11**
A	100%
B	97,5 %
C	95 %
D	90 %

Ab dem 11. Dienstjahr: Gehaltsklasse 15 (Minima und Maxima der Gehaltsklassen werden entsprechend gesenkt)

[3] Die individuelle Lohnbestimmung richtet sich sinngemäss nach Art. 5. Der Lohn für Studienabgängerinnen und Studienabgänger einer Kategorie entspricht dem jeweiligen Minimum der Gehaltsklasse 11. Beim Wechsel in die Gehaltsklasse 15 ist der jeweilige Minimallohn oder ein bestehender höherer Lohn garantiert. *

[4] Der Gehaltsanspruch für das 1. Semester eines Schuljahres erstreckt sich vom 1. August bis zum 31. Januar, derjenige für das 2. Semester vom 1. Februar bis zum 31. Juli.

[5] Der Regierungsrat erlässt Weisungen über weitere Kriterien für die individuelle Lohnbestimmung sowie die Entschädigung von Stellvertretungen und besonderen Aufgaben.

[6] Die Besoldung von Lehrpersonen an Volksschulabteilungen kantonaler Schulen richtet sich nach der Besoldungsverordnung für die Lehrpersonen der Volksschule[3)]. *

Art. 19 Lohnbestimmung für Fachpersonen der Logopädie und Psychomotorik

[1] Fachpersonen mit einem von der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) anerkannten oder einem von ihr äquivalent beurteilten Diplomabschluss werden ohne Funktionsbewertung wie folgt in die Gehaltsklassen eingeteilt (funktionelle Lohnbestimmung):

a) 1. – 10. Dienstjahr zu 90 % der Gehaltsklasse 11

b) 11. – 20. Dienstjahr zu 90 % der Gehaltsklasse 14

[2] Im Weiteren ist Art. 18 anwendbar.

IV. Kantonspolizei (2.4.)

Art. 20 Lohnbestimmung für Polizeiangehörige

[1] Die Polizeiangehörigen werden in folgende Gehaltsklassen eingeteilt:

a)	Aspirantin/Aspirant	Klasse 4
a[bis]) *	Polizistin/Polizist in Ausbildung	Klasse 5
b)	Polizistin/Polizist	Klasse 6
c)	Gefreite	Klasse 7

[3)] BLV (bGS...)

d)	Korporalin/Korporal	Klasse 8
e) *	Wachtmeisterin/Wachtmeister	Klasse 9
f)	Feldweibelin/Feldweibel	Klasse 10
g)	Adjutantin/Adjutant	Klasse 12
h)	Polizeioffizierin/ Polizeioffizier (gemäss Funktionswert)	Klasse 13–17
i)	Polizeikommandantin/ Polizeikommandant	Klasse 19

[2] Bei einem Wechsel in eine Funktion, die einem tieferen Dienstgrad entspricht, ist der Lohn nach der entsprechenden Gehaltsklasse neu zu bestimmen. In der Regel ist damit keine Änderung im Dienstgrad verbunden.

… * (3.)

Art. 21 * …

4. Abschnitt: Schlussbestimmungen (4.)

Art. 22 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung werden alle ihr widersprechenden Erlasse, Bestimmungen, Regelungen, Vereinbarungen und Abmachungen aufgehoben.

[2] Insbesondere wird die Verordnung über Taggelder und Spesen[4)] aufgehoben.

[3] Insbesondere werden geändert:[5)]

a) Verordnung zum Polizeigesetz[6)]

b) Verordnung über die Anstellungsbedingungen der Chef- und Leitenden Ärzte an den kantonalen Spitälern[7)]

[4)] bGS 142.251 (lf. Nr. 337)
[5)] Die Änderungen wurden in den betreffenden Erlassen eingefügt.
[6)] bGS 521.11
[7)] bGS 812.111.2

Art. 23 Überführung der bestehenden Besoldungen

[1] Für die Überführung wird die bestehende Besoldung aufgeteilt in den Lohn und allfällige Abgeltungen nach Art. 8 ff.

[2] Es besteht bei der Überführung ins neue Lohnsystem grundsätzlich kein Anspruch auf eine Lohnanpassung aufgrund des Funktionswertes in die entsprechende Gehaltsklasse.

[3] Ein im Spitalverbund bereits bezogener Anteil des Dienstaltersgeschenks von 1 Woche nach 5 Dienstjahren wird angerechnet.

Art. 24 Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen

[1] Die Lohnbestimmung für Lehrende nach Art. 18 Abs. 2 und 3 wird erstmals für die Löhne, die ab dem 1. August 2010 gelten, angewendet. In der Zwischenzeit werden die Löhne gemäss Anhang 3 als integrierter Bestandteil dieser Verordnung bestimmt. Die Lohntabelle wird bei generellen Lohnanpassungen entsprechend nachgeführt.

[2] Die Löhne 2009 werden bei der Überführung ins neue Besoldungssystem gemäss Anhang 1 auf den 1. August 2010 garantiert.

Art. 25 Inkrafttreten

[1] Die Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Personalgesetz in Kraft.[8)]

[8)] 1. Januar 2008 (RRB vom 20. November 2007; Abl. 2007, S. 1207)

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
30.11.2009	01.01.2010	Art. 9 Abs. 1	geändert	1136
06.12.2010	01.01.2011	Art. 15 Abs. 1, b)	aufgehoben	1178 / 2010, S. 1501
24.03.2014	01.01.2015	Art. 14 Abs. 5	aufgehoben	1272 / 2014, S. 367
24.03.2014	01.01.2015	Art. 18 Abs. 2	geändert	1272 / 2014, S. 367
24.03.2014	01.01.2015	Art. 18 Abs. 3	geändert	1272 / 2014, S. 367
26.09.2016	01.01.2017	Art. 1 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 2 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 2 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 3	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 4	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 3 Abs. 6	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 4, c)	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 4 Abs. 5	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 5 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 6 Abs. 3	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 7 Abs. 3	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 8 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 8 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 8 Abs. 3	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1, a)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1, b)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 1, c)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 4	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 9 Abs. 5	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 10 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 10 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 12 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 12 Abs. 2	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 1	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 2	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 13 Abs. 3	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 14 Abs. 1	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 1, c)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 15 Abs. 1, d)	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Titel 2.2.	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 16	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 17	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 20 Abs. 1, e)	geändert	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Titel 3.	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
26.09.2016	01.01.2017	Art. 21	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
29.03.2021	01.07.2021	Art. 20 Abs. 1, a^{bis})	eingefügt	1427 / 01.04.2021

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
29.03.2021	01.01.2023	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	1427 / 01.04.2021
29.03.2021	01.01.2023	Anhang 3	Name und Inhalt geändert	1427 / 01.04.2021
27.03.2023	01.08.2023	Art. 18 Abs. 6	geändert	26 / 30.06.2023
12.12.2023	01.01.2024	Anhang 1	Name und Inhalt geändert	1496 / 15.12.2023
12.12.2023	01.01.2024	Anhang 3	Name und Inhalt geändert	1496 / 15.12.2023

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 1 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 2 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 2 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 3 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 3 Abs. 4	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 3 Abs. 6	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 4, c)	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 4 Abs. 5	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 5 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 6 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 6 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 6 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 7 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 7 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 7 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 8 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 8 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 8 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1	30.11.2009	01.01.2010	geändert	1136
Art. 9 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1, a)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1, b)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 1, c)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 4	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 9 Abs. 5	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 10 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 10 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 12 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 12 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 13 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Art. 13 Abs. 2	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 13 Abs. 3	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 14 Abs. 1	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 14 Abs. 5	24.03.2014	01.01.2015	aufgehoben	1272 / 2014, S. 367
Art. 15 Abs. 1, b)	06.12.2010	01.01.2011	aufgehoben	1178 / 2010, S. 1501
Art. 15 Abs. 1, c)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Art. 15 Abs. 1, d)	26.09.2016	01.01.2017	eingefügt	1319 / 2016, S. 1318
Titel 2.2.	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 16	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 17	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Art. 18 Abs. 2	24.03.2014	01.01.2015	geändert	1272 / 2014, S. 367
Art. 18 Abs. 3	24.03.2014	01.01.2015	geändert	1272 / 2014, S. 367
Art. 18 Abs. 6	27.03.2023	01.08.2023	geändert	26 / 30.06.2023
Art. 20 Abs. 1, a[bis])	29.03.2021	01.07.2021	eingefügt	1427 / 01.04.2021
Art. 20 Abs. 1, e)	26.09.2016	01.01.2017	geändert	1319 / 2016, S. 1318
Titel 3.	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	Lf. Nr. / Abl.
Art. 21	26.09.2016	01.01.2017	aufgehoben	1319 / 2016, S. 1318
Anhang 1	29.03.2021	01.01.2023	Name und Inhalt geändert	1427 / 01.04.2021
Anhang 1	12.12.2023	01.01.2024	Name und Inhalt geändert	1496 / 15.12.2023
Anhang 3	29.03.2021	01.01.2023	Name und Inhalt geändert	1427 / 01.04.2021
Anhang 3	12.12.2023	01.01.2024	Name und Inhalt geändert	1496 / 15.12.2023

Lohntabelle 2024

(Löhne 2024; mit genereller Erhöhung)

		Jahresgehalt				Monatsgehalt (gerundete Werte)			
Gehaltsklasse	**Funktionswerte**	**Mittelwert**	**Minimum**	**Maximum**	**Differenz**	**Mittelwert**	**Minimum**	**Maximum**	**Differenz**
1	1 - 108	55'824	44'659	66'989	22'330	4'294	3'435	5'153	1'718
2	109 - 135	60'003	48'003	72'003	24'000	4'616	3'693	5'539	1'846
3	136 - 163	64'495	52'240	76'750	24'510	4'961	4'018	5'904	1'886
4	164 - 192	69'323	56'152	82'494	26'342	5'333	4'319	6'346	2'027
5	193 - 222	74'513	61'099	87'927	26'828	5'732	4'700	6'764	2'064
6	223 - 253	80'093	65'677	94'509	28'832	6'161	5'052	7'270	2'218
7	254 - 285	86'088	71'453	100'723	29'270	6'622	5'496	7'748	2'252
8	286 - 318	92'533	76'802	108'264	31'462	7'118	5'908	8'328	2'420
9	319 - 352	99'461	83'547	115'374	31'827	7'651	6'427	8'875	2'448
10	353 - 387	106'905	89'799	124'010	34'211	8'224	6'908	9'539	2'631
11	388 - 423	114'909	97'673	132'144	34'471	8'839	7'513	10'165	2'652
12	424 - 460	123'510	104'982	142'037	37'055	9'501	8'076	10'926	2'850
13	461 - 498	132'757	112'843	152'671	39'828	10'212	8'680	11'744	3'064
14	499 - 537	142'695	121'291	164'099	42'808	10'977	9'330	12'623	3'293
15	538 - 577	153'379	130'373	176'384	46'011	11'799	10'029	13'568	3'539
16	578 - 618	164'858	140'129	189'587	49'458	12'682	10'779	14'584	3'805
17	619 - 660	177'201	150'622	203'779	53'157	13'631	11'586	15'675	4'089
18	661 - 703	190'465	161'896	219'034	57'138	14'652	12'454	16'849	4'395
19	704 - 747	204'721	174'013	235'429	61'416	15'748	13'386	18'110	4'724
20	ab 748	220'046	187'037	253'054	66'017	16'927	14'387	19'466	5'079

Gemäss RRB-2023-495 vom 12. Dezember 2023

Anhang 2

Grundsätze der Funktionsbewertung

1. Inhalt der Funktionsbewertung

Mit der Funktionsbewertung wird eine Stelle / Funktion mit den ihr zugeordneten Aufgaben, die prozessorientiert gelöst werden, beurteilt. Daraus ergibt sich ein Funktionswert, der die Grundlage für die funktionelle Lohnbestimmung gemäss der BVO ist. Die Art und Weise, wie eine Person die Aufgaben erfüllt, ist nicht Gegenstand der Funktionsbewertung, sondern der schriftlichen Beurteilung einer oder eines Mitarbeitenden, die vorzugsweise im Rahmen des Mitarbeitendengesprächs vorgenommen werden kann. Dies ist dann die Grundlage für die individuelle Lohnbestimmung gemäss der BVO.

Ausgehend von einer Aufgaben- resp. Problemstellung werden die Voraussetzungen zu deren Lösung, die Prozessanforderungen, die Rahmenbedingungen und das zu erwartende Ergebnis sowie gegebenenfalls dessen Auswirkungen beurteilt.

Die Funktionsbewertung beinhaltet die folgenden Elemente:

a) Voraussetzungen und fachliche Fähigkeiten
Welche fachlichen Fähigkeiten (Ausbildung, Zusatzausbildung, Erfahrung) sind erforderlich, um die Aufgabe einwandfrei zu erfüllen. Massgeblich ist das erforderliche Fachwissen und nicht allein der formelle Ausbildungsweg. Dieses erforderliche Fachwissen wird nach den Aspekten: Basisvoraussetzungen für die Ausbildung, Dauer der Ausbildung und Komplexität des Fachgebietes bewertet.

b) Prozessanforderungen
Schwierigkeitsgrad der zu lösenden Probleme anhand der einzelnen Schritte des Problemlösungsprozesses: Problemerkennung, Entwicklung von Lösungen, Auswahl und Entscheid und Umsetzung. In dieser Kriteriengruppe kommen Fragen zum Ausdruck wie: fest gegebener Ablauf/Routine oder freier Gestaltungsrahmen aufgrund einer allgemeinen Zielsetzung, Kreativitätsanforderungen, Schwierigkeit der Entscheidungsfindung, Kommunikationsfähigkeit und Einfühlungsvermögen.

c) Rahmenbedingungen zur Aufgabenerfüllung
Beeinträchtigung durch Arbeitseinsatz ausserhalb der normalen Arbeitszeit wie: Schichtarbeit, Wochenend- oder Pikettdienst, besondere psychische Belastung oder die Übernahme besonderer Verantwortung (bspw. für Leib und Leben).

d) Resultatverantwortung und Tragweite von Entscheid und Ausführung Verantwortung für das Ergebnis und die Auswirkungen der Aufgabenerfüllung oder der Führungstätigkeit.

2. Ablauf der Funktionsbewertung

Eine vom Regierungsrat bestimmte Gruppe bewertet die Funktion auf der Grundlage des Stellenbeschriebs mit Aufgaben, Problemstellung und Verantwortung. Die Funktionsbewertungsgruppe setzt sich aus je zwei Vertretern des Arbeitgebers und der Angestellten sowie einer Vertretung des Personalamtes und einer externen Fachperson, beide mit beratender Stimme, zusammen.

Die Funktionsbewertungsgruppe führt vorgängig mit der vorgesetzten Stelle ein Interview zur ergänzenden Erläuterung der Funktion resp. des Stellenbeschriebs durch. An der Bewertung selbst nehmen nur die Mitglieder der Funktionsbewertungsgruppe teil. Der resultierende Punktewert bestimmt die Zuordnung der Funktion zu einer Gehaltsklasse. Das Ergebnis der Bewertung wird der vorgesetzten Stelle mitgeteilt. Wenn sie damit nicht einverstanden ist, kann sie einen Wiedererwägungsantrag mit Begründung an die Funktionsbewertungsgruppe stellen.

3. Aufbau des Funktionsbewertungskatalogs

Die Anforderungen an eine Funktion wird bezüglich der einzelnen Elemente nach folgendem Punkteschema bewertet:

	Kriterium	Gewicht	Anforderungsstufe					
			1	2	3	4	5	6
Fachliche Voraussetzungen	Ausbildung	18	23	49	78	109	143	180
	Fachausbildung	4	8	17	28	40	←	←
	Zusatzausbildung	2	7	13	20	←	←	←
	Erfahrung	7	23	47	70	←	←	←
	Fremdsprachen	2	7	13	20	←	←	←
Problemlösung	Bestimmtheit	8	10	22	35	49	64	80
	Alternativen	8	10	22	35	49	64	80
	Entscheid	8	10	22	35	49	64	80
	Realisierung	8	10	22	35	49	64	80
Rahmenbeding.	Arbeitszeit	3	8	15	23	30	←	←
	Exponiertheit	2	10	20	←	←	←	←
Verantwortung	Ausführungsverantwortung	14	18	38	61	85	112	140
	Führungsverantwortung	16	21	44	69	97	127	160
	Total	**100**	**165**	**344**	**529**	**687**	**838**	**1000**

Lohntabelle für kantonale Lehrende für das Jahr 2024

Diese Tabelle beinhaltet die Besoldung gemäss Art. 14 Abs. 1 der Weisungen über die Kriterien zur individuellen Lohnbestimmung für Lehrende an kantonalen Schulen vom 26. Mai 2010 (bGS 142.211.3).

Laufbahn-stufe	**Kategorie A**	**Kategorie B** 97,5 % Kat. A	**Kategorie C** 95,0 % Kat. A	**Kategorie D** 90 % Kat. A
1	97'673	95'231	92'789	87'906
2	103'267	100'685	98'104	92'940
3	108'861	106'139	103'418	97'975
4	116'240	113'334	110'428	104'616
5	119'671	116'679	113'687	107'704
6	125'393	122'258	119'123	112'854
7	127'809	124'614	121'419	115'028
8	130'100	126'848	123'595	117'090
9	131'245	127'964	124'683	118'121
10	132'144	128'840	125'537	118'930
11	141'694	138'152	134'609	127'525
12	143'988	140'388	136'789	129'589
13	146'282	142'625	138'968	131'654
14	148'575	144'861	141'146	133'718
15	150'870	147'098	143'327	135'783
16	157'749	153'805	149'862	141'974
17	160'357	156'348	152'339	144'321
18	161'505	157'467	153'430	145'355
19	162'339	158'281	154'222	146'105
20	164'099	159'997	155'894	147'689
21	164'713	160'595	156'477	148'242
22	165'328	161'195	157'062	148'795
23	165'942	161'793	157'645	149'348
24	166'557	162'393	158'229	149'901
25	167'169	162'990	158'811	150'452
26	167'786	163'591	159'397	151'007
27	168'399	164'189	159'979	151'559
28	169'014	164'789	160'563	152'113
29	169'627	165'386	161'146	152'664
30	170'243	165'987	161'731	153'219
31	170'856	166'585	162'313	153'770
32	171'470	167'183	162'897	154'323
33	172'083	167'781	163'479	154'875
34	172'699	168'382	164'064	155'429
35	173'312	168'979	164'646	155'981
36	173'927	169'579	165'231	156'534
37	174'542	170'178	165'815	157'088
38	175'157	170'778	166'399	157'641
39	175'772	171'378	166'983	158'195
40	176'384	171'974	167'565	158'746

Gemäss RRB-2023-495 vom 12. Dezember 2023